

Walter Ulbricht und der Bau der Mauer (1961)

Der Staatsratsvorsitzenden der DDR Walter Ulbricht hielt am 18. August 1961 im Fernsehen und im Rundfunk der DDR eine Rede, in der er den Bau der Mauer verteidigte. Im folgenden ist aus dieser Rede, die im übrigen typisch für die Diktion der offiziellen DDR gelten kann, zitiert.

Ulbricht bezieht sich in seiner Rede zunächst auf *“die Arbeiter und (...) alle ehrlichen Werktätigen”* der DDR und ihren *“wachsenden Zorn”* darüber, dass sie *“für dumm gehalten und bestohlen wurden”*, dass die DDR *“diffamiert”* und damit der *“Boden für Aggression bereitet”* wurde. Damit suggeriert er, dass die Fluchtbewegung nach Westberlin ein **vom Westen gesteuerter Versuch** sei, die DDR zu destabilisieren und die Arbeitskräfte abzuwerben. Natürlich werde das von der gesamten Bevölkerung der DDR scharf verurteilt und abgelehnt.

Ein zweiter Grund liegt für ihn in der *“atomaren Ausrüstung”* der **Bundeswehr** (*“NATO-Armee”*), die er in eine direkte Linie mit der faschistischen Hitler-Armee und ihren *“abenteuerlichen Plänen”* stellt.

Die *“Gefahren für den Frieden”* hätten eine Reaktion zwingend erfordert. Dass er davon spricht, zusammen mit den *“Freunden”* die *“gefährliche Situation”* *“bereinigt”* zu haben, suggeriert wieder **politische Weitsicht** und absoluten Friedenswillen. Durch die *“westdeutschen Militaristen und Revanchepolitiker”* sei der *“Frieden in Europa und der Welt”* gefährdet gewesen. Die *“Maßnahmen”* hätten schließlich auch den *“Bürgern Westdeutschlands und Westberlins”* *“das Leben gerettet”*.

Westberlin sei *“ein äußerst gefährlicher **Kriegsbrandherd**”*, vergleichbar mit Sarajewo 1914. Aber die Haltung der Politiker stoße immer mehr auf Widerspruch, denn er, Ulbricht, sehe sich im Einklang mit *“immer mehr Menschen in Deutschland wie auch in anderen Ländern”*, dass der Friede nur mit tatkräftigen Aktionen gerettet werden könne. Durch den Bau der Mauer sei der *“Brand, der (...) auf die Häuser der Nachbarn überspringen sollte, rechtzeitig unter Kontrolle”* gekommen.

Ulbricht spricht hier aus der Position dessen heraus, der seine Handlung **ideologisch** gefärbt **legitimiert**. Sein Standpunkt ist einseitig und zeichnet ein klares Feindbild. Für die Erörterung seiner Aussagen sind zunächst folgende Punkte herauszustellen:

- Berufung auf die *“Arbeiter und (...) alle ehrlichen Werktätigen”*,
- aggressiv-militaristische Haltung der Bundesrepublik,
- faschistisch-aggressive Tradition,
- Gefährdung des Friedens,
- Friedenssichernde Funktion der Mauer.

Diese Punkte können nun im einzelnen diskutiert werden.

Die von Ulbricht suggerierte **breite Zustimmung der Massen** zur Politik der SED-Führung ist spätestens seit dem 17. Juni 1953 eine bloße Propagandabehauptung und offenbart ihren wahren Charakter in der bis zum Mauerbau dramatisch anschwellenden **Fluchtbewegung** in Richtung Westen. Gerade bei den gut

ausgebildeten Facharbeitern und der Intelligenz stoßen die ideologisch fixierten Leistungs- und Karrierehemmnisse auf entschiedene Ablehnung. Da eine Änderung nicht möglich ist und auch der Wunsch nach Änderung schon als Verrat kriminalisiert wird, bleibt nur die Flucht. Dazu kommen akute Versorgungsengpässe, die nicht allein auf der schlechteren Ausgangslage der DDR (Reparationen an die UdSSR, Fehlen der Marshallplan-Hilfe) beruhen, sondern auch auf der starren Übernahme des bereits verkrusteten und unflexiblen stalinistischen Systems. Dennoch muss gerade für die Jahre nach 1957 festgestellt werden, dass ein wachsender Anteil der Bevölkerung begann, sich mit dem System der DDR zu arrangieren.

Diese Lockerung im Klima innerhalb der DDR wich mit der Verkündung des Siebenjahrplanes 1959 einer **zunehmenden Verhärtung**: Forcierte Kollektivierung der Landwirtschaft und des Handwerks und die Einführung des "Gesetzbuchs der Arbeit" sorgten für allgemeine Missstimmung, die durch die Verhärtung der internationalen Lage und die Drohgebärden der Sowjetunion gegenüber dem Westen sich zu einer grundlegenden Krisenstimmung entwickelte. In der ersten Hälfte des Jahres 1961 wuchs dann die Flüchtlingswelle zu einem Strom an, der die DDR wirtschaftlich ausbluten lassen konnte.

Dass die Bundesrepublik eine aggressiv-militaristische Haltung vertreten habe, muss schlichtweg in den Bereich der **Propagandalügen** verweisen werden. Abgesehen von den formalen Gründen, dass die NATO ein Verteidigungsbündnis ist und das Grundgesetz der Bundesrepublik Vorbereitung und Führung eines Angriffskrieges verbietet, war es grundsätzliche Linie der Politik, die Konfrontation *nicht* zu suchen, sondern durch kluges Handeln den Interessenkonflikt abzuschwächen. Selbst die massiven Drohgebärden der Sowjetunion in der Berlin-Krise 1958/61 konnten den Westen nicht zur Aggression verleiten. Im übrigen darf vorausgesetzt werden, dass auch die Sowjetunion selbst im Zeitalter des nuklearen Patts nicht unbedingt die Konfrontation um jeden Preis suchte. Dass natürlich die Bundesrepublik durch subtilen Druck auf die DDR ihre Wiedervereinigungspolitik betrieb, steht ebenfalls außer Zweifel.

Ebenso dient die Behauptung von der faschistischen Tradition in der Bundesrepublik nur dazu, die DDR-Führung besser dastehen zu lassen. Es entspricht zwar den Tatsachen, dass bei der Gründung der Bundeswehr zahlreiche Wehrmachts-Dienststränge wieder eingestellt wurden, doch war die Bundeswehr durch ihre Einbindung in die NATO einer so **verflochtenen Kontrolle** ausgesetzt, dass eine eigenständige Großmachtspolitik, selbst wenn sie politisch möglich gewesen wäre, völlig ausgeschlossen war.

Eine Gefährdung des Friedens muss insofern ausgeschlossen werden, als konkrete Aktionen aggressiver Natur nicht nachgewiesen werden können. Allerdings verfolgte die Bundesrepublik aus ihrer freiheitlichen und gesamt-deutschen Position heraus unterschwellig schon eine Politik, die die **Destabilisierung** der DDR begünstigte. Mit dieser Destabilisierung war aber prinzipiell auch eine Destabilisierung der gesamten Lage in Mitteleuropa verbunden, was die Sowjetunion möglicherweise doch zu Konsequenzen genötigt hätte.

Insofern ist auch die von Ulbricht betonte friedenserhaltende Funktion der Mauer sehr differenziert zu betrachten. Sie diente objektiv keineswegs, wie behauptet, zur Abwehr eines faschistischen Angriffs auf die DDR, sondern schob lediglich der Destabilisierung der DDR einen Riegel vor, indem sie die Fluchtbewegung

eindämmte. Dass diese Fluchtbewegung ihrerseits auf dem diktatorischen und unfreien System in der DDR beruhte, steht auf einem anderen Blatt.

Der Begriff der **Friedenssicherung** ist allerdings auch in der Frage der Konsequenzen aus dem Mauerbau zu diskutieren. Hier verzichteten die USA darauf, die Aktion der DDR mit Waffengewalt oder anders zu verhindern oder rückgängig zu machen, weil sie ihre eigenen Interessen nicht unmittelbar gefährdet sahen und sowohl die Einflusszone der Sowjetunion als auch das Interesse der DDR an innerer Stabilität anerkannten.